

Antrag

der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.

OSZE-Gipfel in Istanbul – für eine Stärkung der Handlungsfähigkeit der OSZE

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die OSZE ist die einzige Sicherheitsinstitution in Europa, die alle europäischen Staaten, die USA, Kanada sowie die neuen Staaten des Kaukasus und Zentralasiens umfasst. Sie leistet einen entscheidenden Beitrag zum Aufbau einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur, bietet den Rahmen für europäische Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge, trägt mit ihren diplomatischen Missionen zur Entschärfung innerstaatlicher Konflikte bei und hat sich in Ost- und Südost-Europa um die Demokratisierung u. a. durch die Organisierung von Wahlen und durch Wahlbeobachtung verdient gemacht.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bemühungen der Bundesregierung, die Handlungsfähigkeit der OSZE zu stärken. Er begrüßt das Vorhaben, beim OSZE-Gipfel in Istanbul am 18./19. November 1999 eine europäische Sicherheitscharta zu verabschieden, in der das Ziel eines gesamteuropäischen Sicherheitsraumes ohne neue Trennlinien bekräftigt und die Verpflichtung aller OSZE-Teilnehmerstaaten zur Förderung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtstaatlichkeit hervorgehoben wird.

Die Konflikte in Bosnien und Herzegowina sowie im Kosovo und in Tschechien haben erneut vor Augen geführt, wie aus Missachtung von Menschenrechten, Diskriminierung von Minderheiten und dem Schüren ethnischer Konflikte Krieg entstehen kann. Gleichzeitig haben sie die fortbestehenden Defizite der Staatengemeinschaft bei der Konfliktverhütung und bei der Wiederherstellung rechtsstaatlicher Institutionen deutlich gemacht. Hieraus muss die OSZE beim Gipfel in Istanbul Konsequenzen ziehen.

Die Sicherheitscharta muss dazu beitragen, die im Gefolge der Kosovo-Krise zwischen einzelnen Staaten entstandenen Irritationen zu überwinden und die gemeinsame Grundlage für Sicherheit und Stabilität in Europa zu stärken. Hierzu gehört auch eine Stärkung der OSZE als Organisation, die besonders geeignet ist, europäische Sicherheitskooperation zu fördern. Die Sicherheitscharta und die Gipfelerklärung von Istanbul sollten

- das Instrument der OSZE-Missionen in Konfliktregionen ausbauen.
Über die akute Vermittlungstätigkeit hinaus müssen die OSZE-Missionen ihren Beitrag zur Festigung demokratischer Strukturen verstärken, u. a.

- durch Wahlvorbereitung und -organisation, durch Unterstützung bei der Ausbildung von Justiz- und Verwaltungspersonal sowie durch eine intensivierte Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen;
- die Fähigkeit der OSZE stärken, im Bedarfsfall unverzüglich geeignetes ziviles Personal und Polizeikräfte zu mobilisieren. Die OSZE bedarf einer Straffung und Vereinheitlichung der Rekrutierungsverfahren und der Schaffung einer Krisenreaktionsabteilung zur Stärkung des Sekretariats. Sie braucht auch eine Straffung des Entscheidungsfindungsprozesses;
 - das volle Spektrum von Maßnahmen zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung bekräftigen, das sich die OSZE beim Gipfel in Helsinki 1992 gegeben hat. Auch wenn die besonderen Stärken der OSZE bisher im zivilen Bereich liegen, gehört zu diesem Spektrum auch die Möglichkeit eigener friedenserhaltender Maßnahmen unter Einsatz von Streitkräften;
 - vor dem Hintergrund des andauernden Tschetschenienkonfliktes auf die strikte Anwendung des OSZE-Verhaltenskodexes von 1994 bestehen. Der Verhaltenskodex verlangt, dass im Falle eines Streitkräfteeinsatzes innerhalb eines Mitgliedslandes keine unverhältnismäßige Gewalt angewendet werden darf, Beeinträchtigungen von Zivilpersonen zu vermeiden sind und internationale humanitäre Hilfsaktionen zur Linderung des Leids der Zivilbevölkerung ermöglicht werden soll;
 - die Vorbereitung des bei OSZE-Missionen zum Einsatz kommenden Personals verbessern. Der Deutsche Bundestag begrüßt das im Juli 1999 begonnene Programm des Auswärtigen Amtes zur Ausbildung deutschen Personals für zivile Friedensmissionen insbesondere im Rahmen der OSZE und der Vereinten Nationen. Gemeinsam mit ähnlichen Programmen anderer Staaten sollte es zu einer internationalen Vernetzung nationaler Ausbildungskapazitäten genutzt werden;
 - einen Beitrag zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und anderen internationalen Organisationen zur Vermeidung von Doppelarbeit leisten;
 - die Rolle der OSZE als regionale Abmachung im Sinne von Kapitel VIII der VN-Charta stärken. Als solche sollte sie in die Lage versetzt werden, notfalls auch ohne Zustimmung der an einem Konflikt beteiligten Staaten den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen anzurufen, Lösungsvorschläge zu unterbreiten und bei deren Umsetzung mitzuwirken.

Der Deutsche Bundestag würdigt die Beobachtungs- und Beratungstätigkeit des Hohen Kommissars für Nationale Minderheiten und des OSZE-Beauftragten für die Freiheit der Medien und fordert die Bundesregierung auf, deren Arbeit weiter zu unterstützen.

Der Deutsche Bundestag unterstreicht die Bedeutung, die er einem fristgerechten Abschluss des KSE-Anpassungsvertrages bis zum OSZE-Gipfel in Istanbul beimisst. Der KSE-Vertrag stellt einen entscheidenden Pfeiler der europäischen Sicherheit dar. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Anpassung dieses Vertrages an die neuen sicherheitspolitischen Gegebenheiten in Europa, die gewährleistet, dass der Vertrag funktionsfähig erhalten bleibt.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die im Rahmen der OSZE stattfindende Arbeit an der Weiterentwicklung des Wiener Dokuments über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen. Er fordert die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass auch diese Arbeit in Istanbul abgeschlossen werden kann. Ziel der Verhandlungen muss es sein, die Wirksamkeit von vertrauens- und si-

cherheitsbildenden Maßnahmen durch die Verbesserung der Anwendbarkeit auch in Krisensituationen zu steigern, die Transparenz und Berechenbarkeit militärischer Aktivitäten zu erhöhen und die Überprüfungsmechanismen zu stärken.

Berlin, den 2. November 1999

Dr. Peter Struck und Fraktion

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

